

Saale-Zeitung.

Zweihundertvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 gepaltene Kolonette oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg., berechnet und in meinen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck-Geschäftsstelle: Halle, W. Franke-Strasse 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei postmäßiger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Postgebühren.

für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Nr. 225.

Halle a. S., Sonntag, den 14. Mai.

1911.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“ werden unausgesetzt von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen.

Der Reichskanzler auf dem Handelstag.

Heidelberg, 13. Mai 1911.

Die heutige Festigung wurde in Anwesenheit des Großherzogs von Baden, des Reichskanzlers und zahlreicher Vertreter der höchsten Behörden vom Präsidenten Kämpf mit einer Ansprache eröffnet, in der er dem Großherzog für sein Erscheinen den Dank des Handelstages aussprach.

„Meine Herren! Indem ich Ihnen für die liebenswürdige Begrüßung, die Sie mir durch Ihren Präsidenten soeben zuteil werden ließen, herzlich danke, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen auszusprechen, wie ich mich freue, der heutigen Festigung anzuwohnen und Sie persönlich in meinem Lande willkommen heißen zu können.“

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.

um namens des Bundesrates, der Reichsregierung und des preussischen Staatsministeriums die aufrichtigsten Glückwünsche zu überbringen.

„Im Namen des Bundesrates, der Reichsregierung und des preussischen Staatsministeriums überbringe ich dem Deutschen Handelstage zu seinem heutigen Feste aufrichtigen Glückwunsch.“

„In die Tage größten idealen und materiellen Aufschwunges, den unser Vaterland je erlebte, fiel die Jugend des Deutschen Handelstages. Sein Gründungsjahr war daselbe Jahr, in dem Wilhelm I. den preussischen Königsthron bestieg — König Wilhelm, in dem zehn Jahre später der Herrscher dieses blühenden Landes, Badens unvergeßlicher Großherzog Friedrich, als Vorkämpfer der deutschen Vorkämpfer und freien Städte zum erstenmal dem Deutschen Kaiser, dem Gründer des Reiches, grüßte.“

Nicht ungenutzt haben die im Deutschen Handelstage vereinten Berufskreise die Gunst des Schicksals gefaßt, sondern in rastloser Arbeit mitgewirkt am Aufstieg unserer Nation. Vermessen wäre es, zu erwarten, daß das Wachstum in den kommenden Jahrzehnten ebenso gewaltig fortgeschritten werde, wie in dem abgelaufenen halben Jahrhundert.

Das ist der Wunsch und die Hoffnung, mit der ich Sie, meine Herren, am heutigen Tage herzlich begrüße.“

1801—1911 keinen Hören vor und schloß mit den Worten: Deutschlands Handel und Gewerbe vertrauen auf die Zukunft; sie wissen, daß ihnen Sorgen und Schwierigkeiten nicht erspart bleiben werden und daß es angestrengter Arbeit bedürfen wird, um ihrer Herr zu werden.

Deutscher Reichstag.

174. Sitzung, Sonnabend, den 13. Mai.

Die zweite Lesung der Reichsversicherungs-Ordnung.

Die Beratung geht weiter bei den Bestimmungen über die Organe der Landrentenkassen. Nach § 343 werden die Vorstandmitglieder der Landrenten, sowie auch der Vorsitzende von der Vertretung des Gemeindevorstandes gewählt.

Abg. Fegter (Sp.): Vorstand und Beisitzer sollen hier nach den Kommissionsbeschlüssen ohne Mitwirkung und Einfluß der Versicherer bestellt werden. Die Kreisassessoren und Kreisräte sind fast durchwegs eine Vertretung des Großgrundbesitzes und hier ist es auch der großen Gemeindevorstände, der Bauern und der Arbeiterstand sind darin nicht vertreten.

Abg. Kulerski (Pol): Ich spreche im Sinne von Fegter und stimme für die in den Bestimmungen über die Wahlverfahren, die den Bestimmungen über die Wahlverfahren, die den Bestimmungen über die Wahlverfahren, die den Bestimmungen über die Wahlverfahren...

Abg. Arnstadt (kon.): Nach den Erklärungen des Regierungsvertreters las ich mir zur Begründung unseres Verbalens kurz folgen. Zu den Landrenten gehören die Landarbeiter, das Gebirge, die Wanderbetriebe, die Hausgewerbetreibenden und die unständigen Beschäftigten.

Abg. Fegter (Sp.): Wir vertreten die Landarbeitereinstellung mindestens so gut wie Sie, Herr Fegter! (Beifall rechts.) Ich protestiere mit aller Entschiedenheit dagegen, daß wir die landwirtschaftlichen Arbeiter zu Arbeitern zweiter Klasse degradieren lassen.

Abg. Fegter (Sp.): Wegen der 50 000 Wanderarbeiter wollen Sie den 3 Millionen Landarbeitern nicht das Wahlrecht geben? Herr Arnstadt sagt, die Landarbeiter, auch selbst die sozialdemokratischen, wählen ja doch nicht sozialdemokratisch, und hat sich als schlagendes Beispiel angeführt.

Abg. Dr. Magdon (Sp.): In der Ausgleichslesung sind die Unstimmgängigen zwischen Zentrum und Konservativen so gründlich befähigt worden, daß das Zentrum alles mit, was die Konservativen wollten. Es handelt sich auch um eine Entziehung der landwirtschaftlichen Unternehmer, freilich nicht derjenigen, die in den Kreislagen das große Wort führen, sondern der großen Masse der Kleinbauern und mittleren Bauern.

Abg. Fegter (Sp.) verliert eine persönliche Bemerkung zu machen. Das Zentrum und die Rechte lassen ihn nicht zu Worte kommen. Abg. Fegter strengt seine Stimme zu den höchsten Schreihörern an, aber die Mehrheit tut das gleiche und jedes seiner Worte ertrinkt in dem hallenden Getöse.

namentlichen Abstimmung wird § 343 mit 170 gegen 103 Stimmen, § 349 mit 179 gegen 96 Stimmen, in beiden Fällen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Es folgt § 345, der die Wahl der Beisitzer bei den Ortsrentenkassen regelt. Das Stimmrecht der einzelnen Arbeitgeber bemittelt sich nach der Zahl ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigten; die Sitzung kann es abstimmen und eine Höchstzahl vorbestimmen.

Abg. Büchler (Soz.) begründet den Streichungsantrag der Sozialdemokraten. Dies ist eine schmachvolle Enttötung des Gewandwerks.

Der Antrag Dr. Spahn ruft den Redner zur Ordnung. Der Präsident wird ohne weitere Erörterung abgelehnt.

Die sozialdemokratischen Anträge auf Streichung des Vorlasses des Arbeitgebers oder seines Stellvertreters in der Betriebsrentenkasse (zu § 351, Redner: Abg. Wittenbrunn, Soz.), auf Gewährung des Wahlrechts auch an die freiwilligen Mitglieder der Betriebsrentenkassen (zu § 353, Redner: Abg. Sahl, Soz.), auf Beseitigung der geltenden Bestimmungen über die Bestellung des Vorstehers bei den Zunftrentenkassen (zu § 354, Redner: Abg. Schmidt, Berlin, Soz.) werden abgelehnt.

Abg. Dr. Potthoff (Sp.) befürwortet den Antrag bringend. Hier handelt es sich nicht um Parteipolitik, sondern um Schutz der Arbeitervertreter in der Ausübung ihres Amtes.

Der Antrag wird abgelehnt. Als § 355 beantragen die Sozialdemokraten:

Der Kassenvorstand (bei Kassen aller Art) ist verpflichtet, den Gewerbeamtsbeamten auf Verlangen Auskunft über Zahl und Art der Entlohnungen zu erteilen.

Bei § 376 wird ein Kompromißantrag abgelehnt. Der Kassenvorstand (bei Kassen aller Art) ist verpflichtet, den Gewerbeamtsbeamten auf Verlangen Auskunft über Zahl und Art der Entlohnungen zu erteilen.

Abg. Schindler (kon.): Wir können dafür mit dem Zusatz stimmen. Eine gewisse Regelung durch die oberste Verwaltungsbehörde halten wir allerdings für notwendig, schon damit der Staatliche Vorrat nicht zu weit führt.

das Verhältnis der Krankenkasse zu den Ärzten.

Die Kommission hat in zweiter Lesung die noch sehr schwierigen und umständlichen Verhandlungen in erster Lesung getroffene Regelung fallen lassen und in wenigen Paragraphen Kompromißbestimmungen beschlossen zwischen dem Standpunkt der

Berichter des freien Festivals und dem Kasseler Punkt. In der Angelegenheit wurde daran nicht geändert. Jetzt liegt zu diesem Zeitpunkt nur ein Antrag der Arbeiter vor auf Wiedereinsetzung des § 378. Dieser lautet nach dem Kommissionsbericht: Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten werden durch gesetzliche Bestimmungen geregelt; die Bezahlung anderer Ärzte kann, von dringenden Fällen abgesehen, abgelehnt werden. Der polnische Antrag will, daß nur ein wichtiger Grund zur Ablehnung führen kann, der weder zeitlicher noch politischer Natur sein darf.

Abg. Hoch (Soz.): Die Kommission ist in zweifacher Hinsicht ungenügend und hat sich auf ein paar ganz nichtige Bestimmungen zurückgezogen. Wir haben stets betont, daß

die Kassationsfreiheit der Ärzte nicht eingeschränkt werden soll. Aber besondere Vorrechte sollen sie nicht erhalten. Ein Zug unglücklicher Erinnerung geht durch die Kommissionsberichterstattung. Die Behörden können machen, was sie wollen. Wir haben über die Beschränkungen mit ihnen gemacht. Wir können die reichhaltigste preußische Bureaupolitik. Es ist eine große Zumutung, uns das Oberverwaltungsamt als Aufsichtsbehörde zu geben. Mit allen diesen Vorwürfen wollen Sie die ärztliche Fürsorge vernichten. Das paßt ja in Ihr ganzes System der Entwertung der Arbeiter hinein.

Abg. Rosenthal (Soz.) führt Beschwerde, daß polnische Ärzte grundsätzlich nicht den Krankenkassen ausgeschlossen werden. Die Sozialdemokratie nimmt nur Rücksicht auf die Kasse, nicht auf die Arbeiter. Der sozialdemokratische Standpunkt ist geradezu arbeitserbittend. Die Arbeiter müssen die freie Arztwahl haben. Für die Arbeiter eignet sich nur ein System der freien Arztwahl.

Die Kommission ist schließlich bleiben unerbittlich. Nach § 385 kann der Kassationsvorstand durch die Satzung ermächtigt werden, wegen Arzeneiverletzungen mit Apothekern usw. Vorzugsbedingungen zu vereinbaren. Alle Apothekenbesitzer und -Verwalter in Bereiche der Kasse können solchen Vereinbarungen beitreten.

Abg. Schulerz (kon.) empfiehlt einen Kompromißantrag. Abg. Hoch (Soz.) nimmt diesem Antrag zu und führt Klage über die Preistreibe bei der Apotheker. Es wird mit Apothekern geradezu spekuliert. Die Hohensollern-Apothekerei in Köln kostete z. B. 1907 etwa 350 000 Mark, 1908 aber brachte sie schon 640 000 Mark.

(Fortsetzung folgt.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung am Sonnabend, 13. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dahnwitz. Der Gehsehwur, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Elberfeld wird der verstorbenen Gemeindefunktionäre überlesen.

Zweite Beratung des

Zweckverbandes für Groß-Berlin.

Die Kommission beantragt hierzu eine Resolution, die die Staatsregierung ersucht, spätestens beim Beginn der nächsten Session einen Gehsehwur vorzulegen, der für die wirtschaftlich zusammenhängenden Gemeinden von Groß-Berlin unter Wahrung ihrer Selbstverwaltung einen nach der Steuerkraft zu bemessenden Ausgleich in den gesetzlichen Volksschulstellen herbeiführt, unter geeigneter Berücksichtigung des Aufwandes für die Schulfinder der mittleren und höheren Schulen, soweit diese Schulfinder sich noch in schulpflichtigen Alter befinden.

Die Kommission beantragt weiter, der Regierung einen Gehsehwur als Material zu überreichen, der eine Veränderung des Kommunalabgabensystems für Berlin und Umgebung verlangt. Der § 1 des Gesetzes über die Zweckverbände für Groß-Berlin bestimmt in der Bestimmung der Kommission, daß die Stadtteile Berlin, Charlottenburg, Spandau, Rixdorf, Deutsch-Wilmersdorf, Uckermark und Spandau, sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim zu einem Zweckverband vereinigt werden, dem die Erfüllung folgender kommunaler Aufgaben obliegt: 1. Regelung des Verhältnisses zu öffentlichen, auf Schienen betriebenen Transportmitteln mit Ausnahme der Staatseisenbahnen; 2. Beteiligung an der Beschaffung der Zuchtstätten und Bebauungspläne für das Verbandsgebiet und Mitwirkung an dem Erlaß von Bauvorschriften; 3. Erwerbung und Erhaltung größerer, von der Bebauung her zu haltender Flächen (Wälder, Parks, Wiesen, Seen, Schuttschutt und Erntelände usw.); 4. Erwerbung von Flächen für den Bau von Kleinwohnungen.

Ein Antrag v. Brandenstein (kon.) will die Erwerbung von Flächen für den Bau von Kleinwohnungen aus den Aufgaben des Zweckverbandes auscheiden, ein sozialdemokratischer Antrag dem Zweckverband noch zuweisen; Regelung des Volksschulwesens, der Armen-, Waisen- und Krankenpflege und des Steuerwesens.

Abg. Cassel (Sp.) hat die allergrößten Bedenken gegen die Einbeziehung des Kreises Teltow und Niederbarnim in ihrer gesamten Ausdehnung in das Verbandsgebiet. Die Frage des Verkehrs, des Straßenbaus sind in den von Groß-Berlin weit entfernten Gebieten ganz anders zu regeln, wie in Groß-Berlin. Wir glauben nicht, daß der Verband, wie er vorgezeichnet ist, ein organisiertes Unternehmen ermöglicht. Die Staatsregierung hätte bei der Frage der Ausdehnung des Verbandes mit den einzelnen Gemeinden in Verbindung treten sollen. Wir haben nicht die nötigen Unterlagen, um Anträge stellen zu können. Jedenfalls haben wir die allergrößten Bedenken gegen die vorgezeichnete Organisation des Verbandes. Nach der herrschenden Stimmung haben wir keinen Zweifel, daß der Zweckverband in der vorgeschlagenen Gestalt zustande kommt. Wir wollen nur hoffen, daß unsere Befürchtungen sich nicht bewahrheiten und werden das unserer tun, und ohne Vorurteil an dem Verbände mitarbeiten.

Abg. Fr. v. Jellich (fr.) Wenn man mit den einzelnen Gemeinden selbst verhandelt hätte, hätten wir das Zustandekommen des Zweckverbandes nicht mehr erlebt. Der Redner begründet dann einen Antrag, die Stadt Spandau aus dem Geltungsbereich des Zweckverbandes herauszunehmen und endlich, im Gehsehwur vorzulegen, daß Spandau später mit dem Verbände vereinigt werden kann.

Minister v. Dahnwitz: Wenn wir mit den offiziellen Vertretern aller in Betracht kommenden Gemeinden verhandelt hätten, dann hätten wir Ihnen den Entwurf in absehbarer Zeit nicht vorlegen können. Die Bedenken, daß der Verband eine Quelle von Unklarheiten sein werde, sind nicht zureichend. Der Minister bittet, Spandau im Zweckverband zu belassen, da es baulich schon mit Charlottenburg vermauert ist. Die sozialdemokratischen Anträge bittet er abzulehnen, da sie die Tendenz des Entwurfs unterstützen und unübersichtlich lassen. Auch dem Antrag von Brandenstein, der den Bau von Kleinwohnungen aus den Aufgaben des Zweckverbandes ausschließen will, bittet er nicht zuzustimmen, da diese Aufgabe in der Hauptsache in Zusammenhang mit den anderen Aufgaben des Zweckverbandes steht.

Abg. Dr. Reil (nl.) steht auf dem Standpunkt der Kommission und drückt seine Verwunderung über die mehrwöchige

Infolgezeit der beiden konserverativen Parteien aus. Die Konserverativen wollen Spandau dem Zweckverband erhalten, aber Osthavelland die Tür vor der Nase zumachen und die Freikonserverativen wollen Osthavelland im Verband, aber nicht Spandau. Diese Infolgezeit ist nicht zu verstehen. Den Antrag von Brandenstein, den Bau von Kleinwohnungen aus den Aufgaben des Verbandes auszuschließen, lehnen wir ab. Der gestern Abend in diesem Saal abgeleitete Vertrag des Unterhauseparlamentes über die Bau von Kleinwohnungen hat uns gezeigt die Bedeutung dieser Frage. Der Redner beendet sich gegen die konserverativen Anträge und gegen die der Sozialdemokraten, die nur Reibungen zwischen Verband und Gemeinden hervorgerufen würden. In der Kommission wurde ein konserverativer Antrag auf Befugnis der Staatsregierung zur Auflösung der Verbandsversammlung, die die Regierung beauftragt, abgelehnt, aber bei der Berichterstattung zeigte sich, daß alles übersehen hatte, daß die Befugnis im § 34 schon enthalten ist. Wir beantragen die Streichung, damit die Billensmeinung der Kommission zum Ausdruck komme. (Beifall bei den Nrn.)

Abg. Dr. Wilmeling (Ztr.) begehrt das Gesetz als einen erschöpfen und im großen und ganzen erfolgreichen Versuch, im Interesse der wirtschaftlichen Einheit Groß-Berlins. Der Hauptvorteil des Gesetzes ist die Regelung der Wohnungsfrage. Da sei die Gelegenheit, etwas zu machen. Was sieht es in den Hinterjammern sogar teurer Berliner Wohnungen aus! Da sind wir atig im Hinterstreifen. Entprechen solche Zustände deutscher Ehrlichkeit, deutschem Gemüt? Wir wollen unter Volk wieder heimisch machen auf seiner Erde. (Beifall bei den Nrn.)

Abg. Dr. Westphal (Soz.): Die Regierung hat das Gesetz erst gemacht, als ihr das Wasser an der Kehle stand. Wir erheben die schärfsten Vorwürfe gegen die Kurzsichtigkeit der Regierung, die der Stadt Berlin fortwährend die Vermehrung in den Weg legt. Das Gesetz ist ein Verlegenheitsprodukt, ein Mißtrauensakt gegen Berlin und die Selbstverwaltung. Der ganze Zweckverband ist ein bürokratischer Hummerkopf. So heftig meine Generalattacke gegen den Minister war, so muß ich mich bezüglich Spandaus beistimmen. Andere Anträge sind mehr als bedenklich. (Oho-Rufe etc.) Wir richten in letzter Stunde an das Haus den Appell, den Entwurf zu verbessern, sonst müssen wir ihn ablehnen.

Abg. v. Brandenstein (kon.): Ich werde mich mehr das getrigte als das heutige Tempo der Verhandlung zum Mißer nehmen. Es wurde gestern zwar sehr gründlich aber schnell gearbeitet. Das Kleinwohnungsproblem gehört nicht in den Rahmen des gegenwärtigen Gesetzes; wir wollen in die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht weiter eingreifen als nötig und können daher die Herabsetzung des Standpunktes der Regierung nicht mitmachen.

Abg. Wulke (fr.): Spandau braucht nicht in den Zweckverband hinein, denn es hat von jeher alles selbst getan, was der Zweckverband tun soll. Es hat noch nie einen Konflikt zwischen Spandau und Groß-Berlin gegeben.

Abg. Hübner (Sp.): Nach unserer Meinung ist der Zweckverband falsch gebildet. Nach Westen wird er sehr begrenzt, nach Norden und Süden außerordentlich ausgedehnt. Die Behandlung Berlins entspringt ja auch in diesem Falle unserem ganzen Verwaltungswesen. In anderen Ländern ist man alles, um den Gang der Hauptstadt zu erhöhen, bei uns sieht man jedoch auf Berlin. Mit dem Abg. v. Jellich würde ich wünschen, daß die Wirtschaftlichkeit nicht weiter eingreife als nötig und können daher die Herabsetzung des Standpunktes der Regierung nicht mitmachen.

Abg. Wulke (fr.): Spandau braucht nicht in den Zweckverband hinein, denn es hat von jeher alles selbst getan, was der Zweckverband tun soll. Es hat noch nie einen Konflikt zwischen Spandau und Groß-Berlin gegeben.

Abg. Hübner (Sp.): Nach unserer Meinung ist der Zweckverband falsch gebildet. Nach Westen wird er sehr begrenzt, nach Norden und Süden außerordentlich ausgedehnt. Die Behandlung Berlins entspringt ja auch in diesem Falle unserem ganzen Verwaltungswesen. In anderen Ländern ist man alles, um den Gang der Hauptstadt zu erhöhen, bei uns sieht man jedoch auf Berlin. Mit dem Abg. v. Jellich würde ich wünschen, daß die Wirtschaftlichkeit nicht weiter eingreife als nötig und können daher die Herabsetzung des Standpunktes der Regierung nicht mitmachen.

Die Ausnahme schiebt. Der § 1 wird in der Kommissionsfassung unter Ablehnung aller Anträge angenommen.

Zu § 4 (Erwerb, Bau und Betrieb von Bahnen durch den Verband) beantragt

Abg. Cassel (Sp.) Zulassung der Beschwerde gegen die Entscheidung der Beschlußbehörde an die Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern.

Abg. v. Brandenstein (kon.) meint, daß eine wirkliche Klarheit über die Zielsetzung dieses Paragraphen wohl bei Niemand vorhanden sein wird, er hoffe, daß vielleicht das Herrenhaus eine brauchbarere Fassung herbeizubringen werde.

Minister v. Dahnwitz erwidert, daß ihm eine Unklarheit nicht vorhanden zu sein scheint.

Abg. Freiber v. Jellich (fr.) stimmt dem zu.

Abg. Cassel (Sp.) findet auch, daß nicht alles genügend geklärt sei. Er beantragt weiter, daß gegen den Beschluß der Beschlußbehörde der ordentliche Rechtsweg statt der Klage beim Oberverwaltungsgericht festgelegt werden sollte.

Der § 4 wird unter Ablehnung des ersten Antrages der Volkspartei und unter Ablehnung des zweiten angenommen.

Bei § 5 (Bauwesen) beantragt

Abg. Dr. v. Aries (kon.) den Abschlag zu streichen, monach der Verbandsausgabe nach dem 1. April 1914 aus wichtigen Gründen des Verkehrs, der Gesundheit und der Wohnungspolitik die Ausführung von Bebauungsplänen verlangen kann, deren Durchführung bis dahin nicht in Angriff genommen ist.

Ein Regierungskommissar wendet sich gegen den konserverativen Antrag aus allgemeinen Interessen.

Abg. Dr. Reil (nl.) ist gegen den Antrag der Konserverativen und begründet einen Antrag, den Satz zu streichen, der bestimmt:

„Der Vorlegung von Bebauungsplänen bedarf es nicht, wenn die Pläne nur die Aufstellung einzelner Baublocke oder die Verbreiterung bestehender Straßen betreffen.“

Abg. Fr. v. Jellich (fr.) tritt für die Kommissionsbeschlässe ein.

Abg. Cassel (Sp.) begründet einen Antrag, auch hier den ordentlichen Rechtsweg an Stelle des Oberverwaltungsgerichts einzuführen.

Der § 5 wird unter Ablehnung aller Anträge unvereinbar angenommen. § 6 wird ohne Debatte angenommen. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Fortsetzung folgt.

Deutsches Reich.

Die elsass-lothringische Verfassungsreform.

Die „Nordw. Allg. Ztg.“ hat ihren Optimismus gegenüber der elsass-lothringischen Verfassungsreform aufgegeben und sieht heute mit einer gewissen Stumpfheit dem Schicksal der Vorlage entgegen. Das offiziöse Blatt schreibt:

Die Verhandlungen der Kommission für die elsass-lothringische Verfassungsreform sind am Donnerstag zum Stillstand gekommen. Ob sie mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen werden können, ist heute noch nicht zu übersehen. Nach den Aeußerungen der Parteipresse besteht, wie es scheint, nach wie vor bei einer Mehrheit der Reichstages der Wunsch und der Wille, die Reform zustande zu bringen. Zugunsten einer optimistischen Auffassung der Lage wird angeführt, daß die Bestimmungen am Donnerstag mehr von Zufälligkeiten abhingen, als von der Absicht getragen waren, das Gesetz festsetzen zu

lassen. Auch hätten sie keine Kardinalpunkte der Vorlage betroffen, außer alles Wesentliche sei vielmehr eine Ergänzung vorhanden gewesen. Wiewohl wird daher der Standpunkt vertreten, daß es im Plenum gelingen werde über die kritischen Fragen, da sie nicht von prinzipieller Bedeutung seien, eine Verständigung herbeizuführen. Ob diese Hoffnung berechtigt ist, muß abgemartet werden.

Während der Straßburger Kaiserfeste hatte sich Herr von Bethmann-Hollweg bekanntlich viel hoffnungsvoller geäußert. Wie lautet er doch: „Die Reform wird gelingen und ebenso prächtig werden wie das heutige Fest!“

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser, der, einem Telegramm aus Wiesbaden zufolge, gestern früh bei herrlichem Wetter wieder den gemöhnlichen Spazierritt gemacht hatte, hörte vormittags die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsministeriums Graf v. Tizpich und des Chefs des Marineministeriums Admirals v. Müller. Die beiden Herren sowie der russische Botschafter v. d. Osten-Sacken waren zur Frühstückstafel geladen.

Am heutigen Sonntag befehlt der Generalfeldmarschall Dr. Frhr. v. d. Goltz, Generalinspektor der 6. Armee, die Inspektion des Infanterieregiments von Wogen (5. Ostpreussisches) Nr. 41, Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler, seit 50. Militärdenkmalen.

Es ist offiziös verlautet, ist der bisherige Botschafter bei der Botschaft in Petersburg, Graf v. Bismarck-Herff, zum vortragenden Rat in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes ernannt. In dessen Stelle rückt der bisherige zweite Sekretär in Petersburg, Legationsrat v. Lucius, zum ersten Sekretär und Botschaftsrat auf, während der letztere durch den bisher im Auswärtigen Amt beschäftigten Legationssekretär Freiherrn von von Malchin ersetzt wird.

Der Regierungspräsident Graf von Berg-Schönfeld in Stade ist in gleicher Amtsentlassung an die Regierung in Hannover versetzt worden. An seiner Stelle ist der Oberregierungsrat Graf v. Hoff in Hannover zum Präsidenten der Regierung in Stade ernannt worden.

Ausland.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

* Aus New York wird gemeldet:

Die Städte Chihuahua und Torreón sind von jedem Verkehr abgeschnitten. Die Rebellen, welche die Städte belagern, haben auch die telegraphische Verbindung zerstört. Die letzte Depesche aus Chihuahua gelangte im Automobil auf einem Umwege von 245 Meilen nach El Paso. Die Anwesenheit in der Stadt Mexiko hat gegen Mexiko nachgelassen. Die Regierung veranlaßt die Aufstellung von vier Geschützen in der Zitadelle, die gegen die Stadt gerichtet wurden. Der amerikanische Staatssekretär Knox hat an den Gesandten Wilson in Mexiko folgendes Telegramm gerichtet: „Sie werden beauftragt, in der Presse und anderweitig dem dummen Gerüde über eine Intervention der Union entgegenzutreten. Der Regierung liegt die Absicht einer Intervention fern. Sie hebt die aufrichtigste Freundschaft für Mexiko und hofft, daß das mexikanische Volk sich bald der Segnungen des Friedens erfreuen wird. Unbekümmert um Mexikos innerpolitische Angelegenheiten, verlangt die Regierung Achtung und Schutz für das Leben und Eigentum der Amerikaner in Mexiko.“

Der Kriegsminister Dickinson hat, wie es heißt, wegen persönlicher geschäftlicher Angelegenheiten seine Entlassung genommen. In seinem Nachfolger wurde Henry Stimson ernannt. Stimson hat sich als Anwalt bei der Verfassung verfahren und wurde bekannt gemacht. Er ist für sich selbst republikanisch und war Kandidat für den Gouverneursposten von New York bei der letzten Wahl, unterlag aber dem Demokraten.

Streikunruhen in Zürich.

Am den Ausführenden der Züricher Unzufriedenen, deren Zahl auf 7000 angewachsen ist, zu begehen, sind von der Züricher Regierung dreitausend Mann Infanterie und Kavallerie aufgegeben worden. In der Freitagnacht plügte in einem Neubau in Außer Roth die Verärzte, ohne größeren Schaden anzurichten. Eine Anzahl Ruhestörer ist kurzerhand abgeholt worden. Die verhafteten Polizeikräfte bedürfen sich jetzt auf 400 Mann.

Der Kwilecki-Prozess.

Graf Joseph Kwilecki oder Franz Leo Barczak?

§ Leipzig, 13. Mai.

Vor dem Reichsgericht wurde heute das Kwilecki-Drama wieder aufgerollt, das man den Kampf um das Majorat nennen kann. Und zugleich wird damit die Frage entschieden, ob der junge Graf Joseph Kwilecki die Namen auch weiter-

Bad Kissingen. Hotel Mühl.

Altrenom. Hotel, 100. K. Konkort, 2 Min. v. Kurpark, Quell u. Bad. Pens. Lift. Mod. Vestibule. Centrals. Prop.

Wie man die Schuppenbildung beseitigt.

Von einem Spezialisten. Es ist ein allbekanntes Tatsache, daß die Bildung von Schuppen für fast alle Krankheiten des Kopfes verantwortlich zu machen ist, insbesondere auch für das Schuppenfressen und das schuppige Ergrauen der Haare. Manchem dürfte daher das nachstehende Rezept zur Beseitigung eines bedauerlichen Schuppenleidens willkommen sein, von welchem ein hervorragender Spezialist nach genauen und weitgehenden Versuchen erzählt hat, es besteht die Schuppenbildung mehr schon bei einer bis bestmöglicher Anwendung von Salicylsäure. Man kann sich dies Rezept leicht von irgend einer Apotheke oder Drogerie zusammenstellen lassen: 80 gr. Bay-Mund, 30 gr. Livola de Composita, 1 gr. krist. Menthol. Dies wird ordentlich durchgemischt und es ist dann nach bestmöglicher Genauigkeit geschüttelt. Die fertige Flüssigkeit, welche man sich übrigens auch durch Zugabe von 10 Teelöffel besten Weinsäure parfümieren lassen kann, teils man morgens und abends mit dem Fingerpinsel leicht die Kopfhaut ein.

Dieses Rezept ist kein Secretum, es ist aber unübertrefflich zur Beseitigung des Haarwuchses und bewirkt sich bei frühzeitiger Anwendung ganz als sehr dienlich zur Wiederherstellung seiner natürlichen Farbe.

Paul Schauseil & Co.

kommanditirt v. d. Anhalt-Dessauischen Landesbank.
Halle a.S., Bitterfeld, Delitzsch u. Ellenburg.

**An- und Verkauf
von Wertpapieren,**
ausländischen Banknoten
und Geldsorten.

**Check-
Conto-Corrent-
Wechsel-
Domizilstelle für Wechsel.**
Erlösung von Coupons etc.

Verkehr.

**Annahme und Verzinsung von
Spar-Einlagen (Depositen).
Verlosungs-Kontrolle.
Privat-Tresore**
(einzeln vermietbar).



Hallesche Röhrenwerke Akt.-Ges.
Halle a. S. Fernsprecher 903.
Abteilung C.
Centralheizungen aller Systeme.
Besonders empfehlenswert:
Etagenheizungen
vom Küchenherd aus.
Lüftungs- u. Trockenanlagen.
Eigene Rohrhitze

Stadt-Theater

in Halle a. S.
Fernruf 1181.
Direkt: Geh. Hofrat M. Richards

Donnerstag, den 14. Mai.
Nachmittags 3 1/2 Uhr:
26. Fremden-Vorstellung zu er-
höhten Preisen.
Novität: **Revität**
Zum letzten Male:
Glaube und Heimat.
Die Tragödie eines Boites in
3 Akten von Karl Schindler.
Spielleitung: Helmer Sieg.

Abends 8 Uhr
230. Vorstellung im Abonnement.
2. Viertel.

Alt-Heidelberg.

Schaupiel in 5 Akten v. Wilhelm
Meyersdorfer.

Vor und nach dem Theater
— die vorzügliche Küche —
— die besten Biers —
im **Weinhaus Broskowski.**

Ch. Lichtungen, England.
Schweinsgürtel, in 30 Stk.
Brock's London, E. G. Eisenstr. 80.

Paul Schauseil & Co.

HALLE A. S.
BITTERFELD - DELITZSCH - EILLENBURG.
Agenturen in Döben und Gräfenhainichen.

Wir vermieten zu billigsten Bedingungen in den in
unserem Bankgebäude
Halle a. S., Poststrasse Nr. 18,
sowie in unseren **Zweiggeschäften und Agenturen**
nach den neuesten technischen Erfahrungen erbauten

STAHLKAMMERN

stählerne Schrankfächer (Safes)

in verschiedener Größe und übernehmen fern zur
Aufbewahrung in denselben für längere oder kürzere
Zeit **verschlossene Depots (Kisten, Koffer usw.)**;
ausserdem haben wir kleine

Stahlschrankfächer

(sogenannte Sparkassen-Safes)

in unserer Stahlkammer aufgestellt, die wir zum
Preis von
Mk. 4.— für das Jahr
vermieten.

**Die Besichtigung unserer Stahlkammer ist
jederzeit gern gestattet.**
Vermietungs-Bedingungen sind an unserer Kasse
erhältlich.

**Paul Schauseil & Co., Bankgelehrte,
Halle S.**

Zweites Leipziger Bachfest

20. bis 22. Mai 1911.

Sonnabend, den 20. Mai 1911, mittags 1/2 2 Uhr:
Motette in der Thomaskirche.

Praeludium und Fuge (G dur) für Orgel. Motette: „Komm, Jesu,
komm“ (achtstimmig; Choralvorspiel: „Vor Gottes Thron tret' ich
hiermit“). Motette: „Fürchte dich nicht“ (achtstimmig). Praeludium
und Fuge (G dur).

Sonnabend, den 20. Mai 1911, abends 7 1/2 Uhr:
Erstes Kirchenkonzert in der Thomaskirche.
Kantate No. 65 „Sie werden aus Saba alle kommen“. Kantate No. 118
„O Jesu Christ mein Lebens Licht, Trauerode. Kantate No. 94
„O ewiges Feuer“.

Sonntag, den 21. Mai 1911, vormittags 10 Uhr:
Gottesdienst in der Thomaskirche.

Sonntag, den 21. Mai 1911, mittags 12 Uhr:
**Erstes Kammermusikonzert
im grossen Saale des Gewandhauses.**

Tris (G moll) für Violine, Flöte und Klavier. Suite (D moll) für
Violoncello allein. Drei Praeludien und Fugen aus dem „wohl-
empierten Klavier“. Gesänge für Tenor und Orgel. Sonate
(G moll) für Violine allein. Goldberg-Variationen (in der Bearbeitung
von Josef Rheinberger).

Sonntag, den 21. Mai 1911, abends 8 Uhr:
Zweites Kirchenkonzert in der Thomaskirche.
Passionsmusik nach dem Evangelisten St. Johannes.

Montag, den 22. Mai 1911, mittags 12 Uhr:
**Zweites Kammermusikonzert
im grossen Saale des Gewandhauses.**

Suite (G dur) für Orchester. Dritte Sonate (d moll) für Orgel, Arie
für Alt: „Komm, laß mich“ aus der Kantate No. 115. Branden-
burgisches Konzert (B dur) No. 8. Kantate: „Schweig stille, plaudert
nicht“ (Kaffeekantate). Brandenburgisches Konzert (G dur) No. 4.

Montag, den 22. Mai 1911, abends 7 1/2 Uhr:
Drittes Kirchenkonzert in der Thomaskirche.

Kantate No. 81: „Der Himmel lacht, die Erde jubiliert“. Kantate
No. 102: „Herz Deine Augen sehen nach dem Glauben“. Kantate
No. 11: „Lobet Gott in seinen Reichen“.

Direkt: Herr Prof. Karl Straube, Dirigent des Bach-Vereins,
Chor: Der Bach-Verein und der Thomanerchor.
Orchester: Das städtische (Theater- u. Gewandhaus) Orchester.
Gesangsolisten: Die Damen Anna Stronck-Kappel, Emmi Leisner,
die Herren Dr. W. Rosmer, S. A. Walter, Prof. Johannes Messchaert,
Hofopernsänger Alfred Stephanl und Rudolf Gmelner.

Instrumentalolisten: Die Herren Hofrat Professor Dr. Max
Reger, Josef Penzlar jr., Professor Carl Fleisch, Konzertmeister
Eggar Wolfgang, E. Unterklein, Fr. Heistrach, Prof. Julius Klengel,
Max Klessing, Maximilian Schwedler, O. Fischer, Organist Max Post,
Karl Meyer und Professor Dr. Max Seiffert.

Die Dankerkarten zum Preise von 15 Mk., die zum Eintritt für
alle fünf Konzerte berechtigten, sind ausschliesslich durch die Ge-
schäftsstelle des zweiten Leipziger Bachfestes zu Händen des Herrn
Rechtsanwalt Ad. Thiele, Leipzig, Petersstrasse 38, II, zu beziehen.
Einzelkarten à 5 Mk. und 3 Mk. sind vom 10. Mai ab durch die
Musikalienhandlungen P. Pabst, Neumarkt 26, C. A. Lauterbach,
Reichstrasse 4/0 und Franz Jost, Königsplatz 12, Programmbücher,
verfasst von Dr. Alfred Huss, sind an denselben Stellen zum Preise
von 1 Mk. zu haben.

Egr. Sacha.
**Technikum
Mittweida**
Direktor: Professor Holz.
Höhere technische Lehranstalt
für Elektro- u. Maschinenlehre.
Sonderabteilungen für Ingenieure,
Techniker u. Werkmeister.
Elektro- u. Masch.-Laboratorien.
Lehrfabrik-Werkstätten.
Höhere Lehrgänge Abendskurs:
3600 Stunden. Programm etc.
Kontrollen.
v. Schulrat.

Flügel Schiedmayer von Mk. 1500.— an.
Flügel Römisch von Mk. 1350.— an.
Flügel Kaps von Mk. 1450.— an.
Weltbekannte, erstklassige Fabrikate.
Alleinvertretung
Albert Hoffmann,
am Riebeckplatz Fernruf 2333.
Katalog gratis und franko.

**Zentralheizungen
Dicker & Werneburg**
Gütteste Hallesche
Zentralheizungs-
Firma.
Hundert von
Anlagen im
Betrieb.
Referenzliste zu Diensten

Telegr.-Adresse: Gegründet 1879
Jalousie Rudolph
HALLESAALE
Fernspr. 2106. Krausenstr. 16

Die Dölauer Hartsteinfabrik, G. m. b. H.,
Halle a. S., Grünstrasse 31,
offert ihre
Hartsteine
und Villenbaustellen in Dölau.

Zur bevorstehenden Reise-Saison machen wir auf
unsere feuer- und einbruchssichere

Stahlkammer-Anlage

aufmerksam. Wir vermieten in derselben
Stahlschrankfächer (Safes)
unter eigenem Verschluss des Mieters zur **Aufbe-
wahrung von Wertpapieren, Dokumenten,
Gold- und Silbersachen und Wertpapieren**
aller Art.

Der jährliche Mietpreis beträgt je nach der Größe
des Faches **4 bis 20 Mk.**, für eine kürzere Zeit-
dauer stellt sich derselbe entsprechend billiger.
Ferner übernehmen wir zur Aufbewahrung in un-
serer Stahlkammer für längere oder kürzere Zeit
verschlossene Depots, Kisten, Koffer etc.
Die Besichtigung ist jederzeit gern gestattet.

Mitteldeutsche Privat-Bank

Aktiengesellschaft,
**Filiale Halle a. S.,
Poststrasse 12.**

Fernruf 3804.
Balkon-Beepflanzung Gärtnerei
Böbbergraben 114.
Erich Scherzer.
Alleinvertreter der Bach'schen Patent-Pflanzenkästen für
Halle und Umgebend. Etüd von 45 Pf. an.
Praktisch, billig, nie faulend
Bepflanzen von Kästen in meiner Gärtnerei kostenlos!

Wanzen mit Brut
werden innerhalb 6 Stunden mittels chem. Ver-
fahren ausgerottet, selbst dort wo alle Mittel und
Weiten erfolglos waren. Keinerlei Beschädigung
über Rückstände.
Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer
Jns. Franz Glauer, Plauerstr. 2. Telefon 3045.

das **selbsttätige Waschmittel**

Persil

Wäscht und bleicht von selbst: — Beseitigt Blut-, Obst-,
Cacao-, Tinte-, Rotwein- und andere
Flecken. Greift nicht das Gewebe an!
Schont und erhält die Wäsche!
Ist garantiert unschädlich! Verbilligt das
Waschen! Spart Zeit, Arbeit und Geld!
Erhältlich nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. (Alleinige Fabrikanten
auch der weltberühmten)

Henkel's Bleich-Soda